

Fünfte Sitzung – Cinquième séance

Freitag, 28. August 1992, Vormittag
Vendredi 28 août 1992, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Frau Meier Josi

91.051

40 Waffenplätze sind genug. Volksinitiative 40 places d'armes, ça suffit! Initiative populaire

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 521 hiavor – Voir page 521 ci-devant

Art. 1a (neu)

Antrag Rhinow

(Siehe Seite 538 hiavor)

Art. 1a (nouveau)

Proposition Rhinow

(Voir page 538 ci-devant)

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Plattner)

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative anzunehmen.

Antrag Rhinow

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Volksinitiative zu verwerfen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Plattner)

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Proposition Rhinow

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Ziegler Oswald, Berichterstatter: Die Kommission hat selbstverständlich nicht nur die Initiative behandelt, sondern auch den Gegenvorschlag. Ich schlage Ihnen deshalb vor, dass ich vorerst nur über die Behandlung der Initiative in der Kommission Bericht erstatte und Herr Rhinow nachher Gelegenheit erhält, seinen Gegenvorschlag zu begründen. Ueber die Arbeit in der Kommission bezüglich Gegenvorschlag werde danach wieder ich Bericht erstatten.

Bereits in der Sommersession 1992 hat sich der Ständerat mit dieser Initiative, die mit 117 989 gültigen Unterschriften zu-

stande gekommen ist, befasst. Er hat die Initiative entgegen dem Antrag der Sicherheitspolitischen Kommission für gültig erklärt und sie zur Vorberatung zusammen mit dem Gegenvorschlag von Herrn Rhinow der Sicherheitspolitischen Kommission zugewiesen. Die Sicherheitspolitische Kommission dieses Rates hat sich am 7. Juli 1992 mit der Initiative und dem Gegenvorschlag befasst. Sie hat im Verlaufe der Sitzung Herrn Rhinow Gelegenheit gegeben, seinen Vorschlag zu begründen. Die Sicherheitspolitische Kommission beantragt Ihnen – ich gebe Ihnen bereits hier auch den Antrag der Kommission bezüglich Gegenvorschlag bekannt – mit 11 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Bundesbeschluss über die Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» zuzustimmen. Die Kommission hat den Antrag, die Initiative sei anzunehmen – Artikel 2 der Initiative –, mit 11 zu 1 Stimmen abgelehnt. Die Kommission beantragt Ihnen weiter mit 9 zu 3 Stimmen, den Gegenvorschlag abzulehnen.

Die Initiative verlangt folgendes:

1. Die Bundesverfassung soll durch ein Verbot der Neuerrichtung und Erweiterung von militärischen Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätzen – neuer Artikel 22 Absatz 3 der Bundesverfassung – ergänzt werden.

2. Die Initiative verlangt die Gleichstellung der militärischen mit den zivilen Anlagen sowie die Unterstellung der militärischen Anlagen bezüglich Bau und Betrieb unter die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über den Schutz der Umwelt, die Raumplanung und die Baupolizei – neuer Artikel 22 Absatz 4 der Bundesverfassung.

3. Die Initiative verlangt, dass der frühere Zustand des Waffenplatzes Herisau-Gossau im Gebiet Neuchlen-Anschwilien wiederhergestellt werde, soweit er nach dem 1. April 1990 ausgebaut worden ist.

Der Ständerat ist Zweiter. Der Nationalrat hat diese Initiative am 29. Januar 1992 behandelt und dem Bundesbeschluss über die Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» mit 105 zu 53 Stimmen zugestimmt. Damit empfiehlt er Volk und Ständen, diese Initiative zu verwerfen.

Ihre Sicherheitspolitische Kommission kommt zum Schluss, dass die Ausbildung in der Armee nicht mehr sichergestellt werden kann, wenn diese Initiative, insbesondere Absatz 3, angenommen wird. Einerseits wird nicht gewährleistet werden können, dass genügend Übungs-, Schiess- und Waffenplätze zur Verfügung stehen, und andererseits werden die zur Verfügung stehenden Übungs-, Schiess- und Waffenplätze nicht mehr nach den sich ändernden Erfordernissen einer modernen, effizienten und auf Kriegstauglichkeit ausgerichteten Ausbildung ausgebaut, ausgestattet und eingerichtet werden können. Solange aber die Behauptung der Unabhängigkeit gegen aussen, d. h. die Landesverteidigung, eine der grundlegenden, unverzichtbaren Bundesaufgaben ist, brauchen wir eine Armee. Zu dieser Armee und damit zu ihren Aufgaben haben die Schweizer übrigens überzeugend ja gesagt. Die Armee kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie entsprechend ausgerüstet und ausgebildet ist. Wer den Fortbestand einer modernen, schlagkräftigen Armee will, muss dafür sorgen, dass ihre Angehörigen auch in Zukunft über die nötigen Ausbildungsplätze verfügen und tatsächlich ausgebildet werden können.

Angriffsobjekt der Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug», insbesondere des Absatzes 3, ist eindeutig die Ausbildung der Armee. Es ist klar: Eine schlecht, ungenügend oder nicht den Erfordernissen entsprechend ausgebildete Armee nützt nichts mehr; sie verliert ihre Glaubwürdigkeit. Die Wehrmänner können nicht mehr motiviert werden. Diese Armee kann ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Nachdem der Frontalangriff nicht zum Erfolg führte, führt man jetzt offenbar Nebenangriffe, und hier ist die Ausbildung schlussendlich das Ziel.

Auch die «Armee 95» wird Ausbildungs-, Schiess- und Waffenplätze brauchen. Unsere Soldaten haben auch bei der «Armee 95» Anspruch darauf, dass sie mit modernen Mitteln und in entsprechenden Anlagen ausgebildet werden und auch anständig untergebracht sind. Das hat zur Folge, dass zweifellos Artikel 22 Absatz 3 BV gemäss Initiative abgelehnt werden muss.

Obwohl mit Sicherheit der neue Absatz 4 von Artikel 22 der Bundesverfassung vor allem zur Unterstützung von Absatz 3 gedacht ist, könnte man damit eventuell noch leben. Seine Annahme hat aber die Aufhebung von Artikel 164 Absatz 3 der Militärorganisation zur Folge. Danach bedarf die Ausführung von Arbeiten für die Landesverteidigung keiner kantonalen und damit auch keiner kommunalen Bewilligung. Daraus folgt nach Lehre und Praxis, dass für militärische Anlagen auch keine kantonale Ausnahmegewilligung nach Artikel 24 Raumplanungsgesetz nötig ist. Ich darf in diesem Zusammenhang auf einen Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahre 1984 verweisen, und zwar auf BGE 110 Ib 260ff.

Eine Initiative ist ein Ganzes. Sie ist entweder als Ganzes anzunehmen oder abzulehnen. Es kann somit nicht Absatz 3 abgelehnt und Absatz 4 angenommen werden. Absatz 4 ist aber überhaupt nicht nötig, denn auch heute muss sich der Bund an die materiellen Umweltschutz- und Raumplanungsvorschriften halten, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Landesverteidigung dadurch nicht verunmöglicht wird. Dazu nimmt übrigens die Botschaft des Bundesrates eingehend Stellung; es sei auf die Seiten 17 und 25 verwiesen. Das Eidgenössische Militärdepartement hält sich in Tat und Wahrheit bei der Erstellung von militärischen Anlagen bereits heute an die materiellen Vorgaben des Raumplanungs- und Umweltschutzrechtes.

Es geht hier nicht um Abrüstung. Es geht auch nicht um die Reduktion der Armee, sondern um die Erschwerung oder gar Verunmöglichung der Ausbildung. Die Initiative ist, was diese beiden Absätze anbelangt, unnötig. Sie ist irreführend. Sie ist ein Angriff auf die Armee als solche. Sie ist nicht verfassungswürdig. Sie muss deshalb abgelehnt werden.

Artikel 20 Absatz 2 der Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung wird aus zwei Gründen abgelehnt:

1. Es wird ein Verfassungsartikel von allgemeiner Tragweite geschaffen, um vorrangig ein einzelnes konkretes Bauvorhaben, den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen, zu verhindern.
2. Diese Bestimmung enthält eine sogenannte Rückwirkungsklausel. Sie sagt klar und deutlich, dass, soweit der Waffenplatz Herisau-Gossau im Gebiet Neuchlen-Anschwilen nach dem 1. April 1990 ausgebaut wird, der frühere Zustand wiederherzustellen ist. Damit wird ein Bauvorhaben verhindert, dessen Ausführung auf dem ordentlichen Weg, gestützt auf tatsächlich geltende Vorschriften, beschlossen worden ist – Vorschriften übrigens, die nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten enthalten.

Zusammenfassend muss zur Initiative festgestellt werden, dass ihre Annahme die Anpassung der Ausbildungsstrukturen an neue Ausbildungsbedürfnisse und Veränderungen der Umwelt erheblich erschwert, wenn nicht gar verhindert. Damit wird der Landesverteidigung die Grundlage für eine anpassungsfähige, zielgerichtete und effiziente Ausbildungsgestaltung entzogen.

Diese Initiative ist deshalb abzulehnen.

Präsidentin: Ich möchte zusammenfassend daran erinnern, dass Eintreten auf Volksinitiativen obligatorisch ist und dass wir die sogenannte allgemeine Aussprache bereits am 16. Juni 1992 durchgeführt haben. Wir standen in der Detailberatung bei Artikel 1 und haben dann die Verhandlungen unterbrochen, weil der Gegenvorschlag von Herrn Rhinow materiell noch gar nicht geprüft worden war.

So, wie ich seinen Antrag sehe, ist er ein Ganzes. Ich schlage Ihnen vor, ihn gleich jetzt begründen zu lassen und ihn anschließend gemeinsam mit der Frage der Abstimmungsempfehlung zu diskutieren. – Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Rhinow: Mit der vorliegenden Volksinitiative werden verschiedene Postulate erhoben. Wenn man den Text genau liest, sind es mindestens fünf. Damit will ich nicht das Thema der Einheit der Materie nochmals aufgreifen, das wir unter juristischen Gesichtspunkten das letzte Mal ausführlich behandelt haben. Es handelt sich einerseits um das Verbot der Errichtung neuer Waffenplätze. Dann geht es auch um das Verbot, bestehende Waffenplätze zu erweitern, bei aller Unsicherheit, was unter

«Erweiterung» zu verstehen ist, nämlich ob es sich um eine eigentliche Erweiterung oder auch um eine Nutzungsänderung handelt. Es wird zudem verankert, dass dieses Verbot nicht nur für eigentliche Waffenplätze gelten soll, sondern generell für militärische Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätze. Dann findet sich der reichlich unklare Satz, militärische Anlagen würden den zivilen gleichstehen, mit der doppelten Tragweite, dass die eidgenössische Gesetzgebung über Umwelt, Raumplanung und Baupolizei massgeblich sei, dass aber auch die kantonale Gesetzgebung in diesem Bereiche gelte. (Nur hier, im kantonalen Bereich, macht die Erwähnung der Baupolizei einen Sinn.) Schliesslich finden wir in der Initiative die berühmte Uebergangsbestimmung, welche die Liquidierung des Projektes des Waffenplatzes Herisau-Gossau im Gebiet Neuchlen-Anschwilen betrifft.

Ich muss nicht näher begründen, warum diese Initiative für mich politisch nicht akzeptabel ist. Ich möchte begründen, warum ich einen Gegenvorschlag beantrage. Der Gegenvorschlag nimmt zwei Anliegen der Initianten auf. Er hält sich vor allem an den zügigen Titel der Initiative – ein Titel, der diesem Volksbegehren ja auch den Auftrieb, den Bekanntheitsgrad und wohl auch viele der gesammelten Unterschriften verschafft hat, nämlich: «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär». Der Gegenvorschlag will genau das: nicht weniger, aber auch nicht mehr. Er schreibt fest, dass Bund und Kantone höchstens 40 Waffenplätze betreiben dürfen, und er verlangt, dass Waffenplätze das Umwelt- und Raumplanungsrecht des Bundes zu beachten und einzuhalten haben. Zu diesem Umwelt- und Raumplanungsrecht des Bundes gehören nicht nur das Umweltschutz- und das Raumplanungsgesetz, sondern auch die Bestimmungen, die dem Gewässerschutz, dem Natur- und Heimatschutz und der Walderhaltung dienen.

Artikel 22 Absatz 3 gemäss Gegenvorschlag muss ich nicht näher begründen, weil er für sich selbst spricht.

Hingegen möchte ich auf Absatz 4 etwas näher eingehen. Er will eine Bindung von Bau und Betrieb von Waffenplätzen an das Raumplanungs- und Umweltrecht des Bundes verankern. Damit soll gesagt sein, dass sich auch die Wahrnehmung dieser Bundesaufgabe grundsätzlich an den Erfordernissen der Raumplanung und des Umweltschutzes auszurichten hat. Das heisst, dass der Bau und Betrieb von Waffenplätzen nicht a priori Vorrang vor Umwelthanliegen hat. Es obliegt dem Bundesgesetzgeber, die entsprechenden Vorschriften zu erlassen, soweit das nicht schon getan worden ist – so, wie dies für andere Bundesaufgaben, etwa für den privaten und öffentlichen Verkehr, bereits getan worden ist.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe e des Bundesgesetzes über die Raumplanung, wo es klar heisst, Bund, Kantone und Gemeinden hätten mit Massnahmen der Raumplanung die Gesamtverteidigung zu gewährleisten. Daran soll nichts, aber auch gar nichts geändert werden.

Zu den Unterschieden zwischen der Initiative und dem Gegenvorschlag:

1. Der Gegenvorschlag spricht nur von Waffenplätzen, nicht aber von Übungs-, Schiess- und Flugplätzen. Bei diesen anderen Anlagen sind die Verhältnisse so unterschiedlich, dass sich eine generelle Lösung verbietet. Warum sollen neue Übungsplätze, etwa solche ohne Emissionen – beispielsweise im Rahmen der Multifunktionalität der Armee für Truppen, die der Existenzhaltung und der Katastrophenbewältigung dienen –, untersagt werden? Schiessplätze dienen nicht nur der Armee, sondern auch zivilen Vereinigungen im Rahmen der schiesssportlichen Betätigung. Mit der Verkleinerung der Armee wird es bestimmt auch keinen Boom von neuen Schiessplätzen geben. Und an neue Flugplätze denkt in diesem Lande sowieso niemand.

2. Beim Gegenvorschlag dürfen Waffenplätze in ihrer Zahl nicht erhöht, wohl aber durch andere, insbesondere umweltfreundlichere, ersetzt werden. Auch soll eine Erweiterung – unter Vorbehalt von Absatz 4 – nicht pauschal untersagt sein.

3. Im Gegenvorschlag ist die kantonale Gesetzgebung über den Umweltschutz und die Raumplanung nicht erwähnt. Nach anerkannter Lehre und Rechtsprechung hat sich der Bund bei

der Erfüllung seiner Aufgaben grundsätzlich auch an das kantonale Recht zu halten. Es gibt keinen allgemeinen Dispens von der kantonalen Rechtsordnung. Die Kantone dürfen jedoch in der Ausgestaltung ihres Rechts – ich denke da auch und gerade an die Zonenpläne – die Erfüllung von Bundesaufgaben nicht verunmöglichen oder erheblich erschweren. Es bleibt also der Grundsatz bestehen, dass der Bund das kantonale Recht im Rahmen der Ermöglichung auch dieser Bundesaufgabe zu berücksichtigen hat.

4. Der wohl auffälligste Unterschied zur Initiative besteht im Verzicht auf die Liquidierung des projektierten Waffenplatzes in Neuchlen-Anschwilen. Der Gegenvorschlag bietet deshalb keine Angriffsflächen im Bereiche der von uns als stossend bezeichneten (politischen) Rückwirkung.

5. Es wird auch nicht in den Zuständigkeitsbereich der Bundesversammlung eingegriffen, die dieses Projekt bekanntlich beschlossen hat. Damit wird nicht ausgeschlossen, dass allfällige – ich betone: allfällige – Verbesserungen am Projekt anzubringen sind, falls dies aufgrund der hier verlangten Massgeblichkeit des Bundesrechts erforderlich sein sollte.

Der Gegenvorschlag weist vielleicht den Nachteil auf, dass eine Differenzbereinigung nötig sein wird und dass deshalb die konkrete Ausführung des Waffenplatzes in Neuchlen-Anschwilen weiter verzögert wird. Dieser allfällige Nachteil fällt weg, wenn die Abstimmung im nächsten Juni angesetzt wird, wie das kürzlich zu vernehmen war.

Der Gegenvorschlag hat aber zwei entscheidende Vorteile. Er nimmt zwei Anliegen der Initianten auf und nimmt diese beim Wort, nämlich beim Titel, mit welchem die Initiative verkauft worden ist: Nicht noch mehr Waffenplätze, und Umweltschutz auch beim Militär. Er verzichtet aber auf das Kleingedruckte, auf das, was unübersehbare und gravierende Auswirkungen auf die künftige Ausbildung innerhalb der Armee haben kann. Er bietet eine demokratische Antwort auf die Frage der Rückwirkung. Das Volk kann jetzt wählen zwischen einer sehr restriktiven Formulierung, die erst noch zwingend mit dem Verzicht auf Neuchlen-Anschwilen verknüpft ist, und einer Formulierung, die generell formuliert ist und das Hauptziel, wie es im Titel zum Ausdruck kommt, erfüllt.

Der Gegenvorschlag ermöglicht weiterhin, dass die legitimen Ausbildungsbedürfnisse der Armee befriedigt werden. Er zwingt zur Beachtung von Umweltanliegen, ohne aber in jedem Fall die gleichen Anforderungen zu stellen, welche jedes gewöhnliche zivile Bauprojekt erfüllen muss. Er bietet also all denjenigen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land eine Chance, die klar ja zur Armee und zum Umweltschutz sagen wollen und diese Haltung bei der Initiative nicht zum Ausdruck bringen können.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zu entsprechen.

Ziegler Oswald, Berichterstatter: Ich habe Ihnen in meinem ersten Votum gesagt, dass die Sicherheitspolitische Kommission mit 9 zu 3 Stimmen beantragt, den Gegenvorschlag abzulehnen.

Der Gegenvorschlag will Artikel 22 der Bundesverfassung mit zwei neuen Absätzen 3 und 4 ergänzen. Sie haben es soeben gehört: Der Bund und die Kantone sollen zusammen höchstens 40 Waffenplätze betreiben können, und Bau und Betrieb der Waffenplätze – nur der Waffenplätze – sollen der Bundesgesetzgebung über Raumplanung und Umwelt unterstellt werden. Hier wird nicht nur die Zahl der Postulate der Initiative reduziert, sondern es wird nach Meinung der Kommission auch alles weggelassen, was die Initianten eigentlich wollen und was schlussendlich eventuell verfassungswürdig wäre.

1. Es ist, ich werde darauf noch zu sprechen kommen, praktisch ein Gegenvorschlag um des Gegenvorschlages willen. Es ist – und das werden zweifellos dann auch die Initianten sagen – kein echter Gegenvorschlag zur Initiative. Bereits der Nationalrat hat sich mit Gegenvorschlägen befasst. Sowohl der Antrag Oehler wie der Antrag Borer Roland wurden abgelehnt. Inhaltlich entsprachen beide nationalrätlichen Gegenvorschläge, insbesondere was die Unterstellung der militärischen Anlagen unter das Umwelt- und Raumplanungsrecht anbelangt, in etwa dem Gegenvorschlag Rhinow – der Gegenvorschlag Rhinow schränkt dieses Anliegen ein. Diese beiden

Anträge sind vom Nationalrat abgelehnt worden. Der Bundesrat hat erklärt, sie seien nicht nötig.

2. Auch Ihre Sicherheitspolitische Kommission hat sich bereits am 19. Mai 1992 mit der Frage eines Gegenvorschlages befasst. In der Kommission lag nämlich ein Antrag auf einen Gegenvorschlag vor; dieser wurde allerdings nach einer eingehenden Diskussion zurückgezogen. Die Diskussion hatte eindeutig ergeben, dass für diesen Gegenvorschlag keine Mehrheit zustande kommen würde. Die Befürworter des Gegenvorschlages verzichteten darauf, einen Minderheitsantrag zu stellen.

3. Der Bundesrat – ich habe seine Stellungnahme zu den Gegenvorschlägen der Nationalräte Oehler und Borer Roland bereits erwähnt – hat einen Gegenvorschlag für unnötig erachtet, und zwar aus folgenden Gründen: Er hat selber keinen Gegenvorschlag vorgelegt. Im Nationalrat – ich wiederhole dies – hat er bei der Stellungnahme zu den Gegenvorschlägen Oehler und Borer Roland ausdrücklich erklärt, ein Gegenvorschlag sei nicht nötig bzw. gar nicht möglich, was die Uebergangsbestimmung betreffend den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen anbelange. In der ständerätlichen Sicherheitspolitischen Kommission hat sich Bundesrat Villiger wiederholt gegen einen Gegenvorschlag ausgesprochen. Der Bundesrat halte diesen für nicht notwendig.

Die Sicherheitspolitische Kommission lehnt den Gegenvorschlag Rhinow aus folgenden Gründen ab:

1. Er ist materiell nicht nötig, weder bezüglich der Beschränkung auf 40 Waffenplätze noch bezüglich der Unterstellung unter die Bundesgesetzgebung über Raumplanung und Umwelt.

2. Die Beschränkung auf 40 Waffenplätze ist nicht verfassungswürdig, das wurde immer und immer wieder klar festgehalten. Es handelt sich hier um ein Detail, das nicht in die Verfassung gehört. Die Verfassung als oberstes Grundgesetz einer Rechtsordnung hat namentlich Ziele und organisatorische Grundprinzipien zu enthalten und die Grundrechte zu garantieren. Bezüglich Wehrwesen hat sie sich bis heute übrigens an dieses Prinzip gehalten. Wir haben andere Möglichkeiten zu bewirken, dass nicht mehr als 40 Waffenplätze gebaut und eingerichtet werden, als das in der Verfassung ausdrücklich festzunageln; ich erinnere nur an die Finanzen.

3. Bezüglich der Unterstellung unter die Gesetzgebung über Raumplanung und Umwelt beinhaltet der Gegenvorschlag in verfahrensrechtlicher Hinsicht nur das, was heute klar gilt und auch angewendet wird. Kantone und Gemeinden haben keine Entscheidungskompetenz bei der Erstellung von militärischen Anlagen und damit natürlich auch von Waffenplätzen. Bei der Erstellung von militärischen Anlagen kommt das einschlägige Bundesrecht, insbesondere das Raumplanungsrecht und das Umweltschutzrecht, zur Anwendung. Ich habe mich bereits in meinem Votum zur Initiative dazu geäußert bzw. auf die Botschaft hingewiesen. Eine Wiederholung erübrigt sich hier. Die Berücksichtigung des einschlägigen Bundesrechtes muss nach geltender Ordnung erfolgen, und zwar sowohl bei Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlages als auch bei Ablehnung des Gegenvorschlages und der Initiative. Der Gegenvorschlag sichert auf jeden Fall verfahrensrechtlich die Vereinbarkeit mit dem Raumplanungs- und Umweltschutzrecht nicht. Der Gegenvorschlag deckt sich mit der geltenden Ordnung. Das Geforderte gilt bereits, es wird hier nichts Neues gesagt, es wird lediglich ein Passus in die Bundesverfassung aufgenommen.

Die Sicherheitspolitische Kommission ist unter diesen Umständen dafür, dass politisch klare Fronten geschaffen werden. Die Herkunft dieser Initiative muss wohl nicht dargelegt werden. Die Kommission ist für eine klare Abgrenzung gegenüber den Initianten. Gegenvorschläge sind Zugeständnisse. Diese sind hier zweifellos nicht angebracht, insbesondere weil der Gegenvorschlag nichts regelt, was nicht schon gilt. Es bleibt zur Begründung des Gegenvorschlages lediglich noch eine abstimmungstaktische Ueberlegung. Dafür ist aber das Instrument des Gegenvorschlages nicht da. Mit ihm soll ja eine Vorschrift in der Verfassung verankert, nicht Abstimmungstaktik betrieben werden.

Der Gegenvorschlag bewirkt im übrigen weitere Verzögerun-

gen. Wenn man berücksichtigt, dass er in Tat und Wahrheit nichts bringt, auch materiellrechtlich nichts bringt, dann sollte klar sein, dass diesem Gegenvorschlag keine Folge gegeben werden kann.

Die Kommission beantragt mit 9 zu 3 Stimmen, diesen Gegenvorschlag abzulehnen.

Plattner: Ich will mich ganz kurz fassen, weil ich der Ansicht bin, dass die inhaltlichen Argumente schon in der seinerzeitigen Debatte von beiden Seiten sehr ausführlich gewürdigt worden sind.

Ich möchte zum Gegenvorschlag von Herrn Rhinow Stellung nehmen. Wie Herr Rhinow selber sagt, nimmt sein Gegenvorschlag zwei Punkte der Initiative auf – allerdings eigentlich nicht Punkte, die im Text der Initiative enthalten sind, sondern einen Punkt aus dem Titel und einen Teilpunkt des Textes, nämlich die Unterstellung unter das Bundesrecht über Raumplanung und Umwelt, wobei er aber das kantonale Recht weglässt.

Ich verstehe Herrn Rhinow sehr gut, und ich muss sagen, ich halte seinen Gegenvorschlag eigentlich für einen recht raffinierten Gegenvorschlag. Er hätte meiner Meinung nach beim Volk sicher gute Chancen. Aber gleichzeitig halte ich ihn – und ich bitte, mir dieses Wort zu verzeihen – für eine Mogelpackung in dem Sinne, als er eben nicht wirklich ein Gegenvorschlag ist, sondern nur so tut, als ob er einer wäre. Wenn Sie die beiden Texte vergleichen, dann sehen Sie, dass die Initianten eigentlich etwas ganz anderes wollen als das, was im Gegenvorschlag von Herrn Rhinow steht. Sie wollen Uebungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätze weder neu errichten noch erweitern lassen. Sie wollen eine Gleichsetzung im Bauvorgang und bezüglich Raumplanung und Umweltschutz zwischen militärischen und gleichgearteten zivilen Anlagen. Beides bringt der Gegenvorschlag von Herrn Rhinow nicht. Die wesentlichen Punkte greift er also nicht auf.

Was die Initianten – und das wissen Sie alle – auch und ganz besonders wollen, ist, den Waffenplatz im Gebiet Neuchlen-Anschwilien zu verhindern. Die meisten Unterschriften unter dieser Initiative stammen ja auch aus diesem Gebiet. Darüber sagt der Gegenvorschlag Rhinow überhaupt nichts.

Ich halte es also nicht für korrekt, diesen Gegenvorschlag der Initiative gegenüberzustellen. Dies wäre allenfalls taktisch klug, ist aber – wie es der Kommissionssprecher schon gesagt hat – von der Kommission und vom Bundesrat sowie auch von den Befürwortern der Initiative abgelehnt worden.

Ich bitte Sie also, diesem Gegenvorschlag nicht zuzustimmen. Ich nehme die Gelegenheit wahr, Ihnen in Erinnerung zu rufen, dass ich einen Minderheitsantrag zu Artikel 2 des Bundesbeschlusses gestellt habe, wonach die Bundesversammlung Volk und Ständen empfehlen soll, die Initiative anzunehmen. Ich brauche das nicht weiter zu begründen und will Ihre Zeit nicht weiter in Anspruch nehmen.

Küchler: Gestatten Sie mir, dass ich mich ganz kurz zum Gegenvorschlag des Herrn Kollegen Rhinow äussere. Wie gestern bereits in unserer Debatte um das Verfahren betreffend Akteneinsicht geht es auch hier wiederum um ein sorgfältiges Abwägen aller Vor- und Nachteile, die für oder gegen einen neuen Antrag, hier also für oder gegen den Gegenantrag des Herrn Kollegen Rhinow, sprechen. Nach diesem Abwägen aller sachlichen und politischen Argumente komme ich zum Schluss, dass unter allen Umständen auf einen Gegenvorschlag zu verzichten ist.

Da gibt es zuerst die rein sachlichen Argumente, die meines Erachtens gegen den Gegenvorschlag sprechen:

1. Man sollte Details wie die Anzahl von Waffenplätzen generell nicht in eine Verfassung hineinschreiben. Wir wissen ja, dass es die erklärte Absicht des Bundesrates ist, in Zukunft keine neuen Waffenplätze zu bauen. Eine Verankerung der Anzahl Waffenplätze in der Verfassung ist daher nicht nötig. Ueberdies wäre es langfristig unklug; denn wir wissen nicht, wie lange die sicherheitspolitische Schönwetterlage andauert. Wir wissen auch nicht, wie sich die sicherheitspolitische Lage in einigen Jahren entwickelt.

2. Artikel 22 Absatz 4 BV gemäss Gegenvorschlag erweckt aber auch den Eindruck, dass militärische Bauten seit jeher ohne Rücksicht auf die Raumplanungs- und Umweltschutzgesetzgebung erstellt worden wären. Das ist falsch! Im Zusammenhang mit sämtlichen Baubotschaften der letzten Jahre konnten wir nämlich immer wieder feststellen, dass alle militärischen Bauvorhaben sehr sorgfältig mit dem Bundesamt für Raumplanung und mit dem Buwal in qualifizierten Koordinationsgruppen erarbeitet wurden. Diese effiziente Zusammenarbeit auf Bundesebene hat sich durchaus bewährt und darf meines Erachtens nicht gefährdet werden.

3. Es kommt hinzu, wie der Kommissionssprecher ausgeführt hat, dass nach Artikel 164 Absatz 3 der Militärorganisation die Arbeiten, die der Landesverteidigung dienen, keiner kantonalen Bewilligung bedürfen. Somit müssen auch keine kantonalen Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden, die eine Lawine von Einsprachen nach sich ziehen würden, Einsprachen, die schliesslich von Gerichten zu beurteilen wären. Ich frage Sie: Wollen wir die Militärhoheit bezüglich Waffenplätze künftig dem sogenannten Richterstaat unterstellen?

4. Ich frage Sie weiter: Wollen wir wirklich, dass über den Umweg von Artikel 55 des Umweltschutzgesetzes betreffend Beschwerdelegitimation der Umweltschutzorganisationen diesen Organisationen verschiedenster Couleur nun gleichsam das gesetzliche Mitspracherecht in Waffenplatzfragen eingeräumt wird und dass damit das Bewilligungsverfahren gleichsam zu einem reinen Je-Ka-Mi verkommt? Abgesehen davon wären durch die Komplizierung und Verzögerung des Verfahrens die finanziellen Folgen dieser Bauten gar nicht mehr überblickbar. Ich verweise auf die Grossbauvorhaben beim Programm «Bahn und Bus 2000». Dort haben wir nun selber erfahren müssen, was es heisst, die kantonalen Bewilligungsverfahren durchzuziehen, die Einspracheffluten zu bewältigen und die Verzögerungen hinzunehmen.

Soviel zu den sachlichen Argumenten, die gegen den Gegenvorschlag sprechen. Welches sind nun die politischen Argumente? Ich meine, es sind deren fünf:

1. Der Ständerat ist Zweitrat. Der Nationalrat als Erstrat hat keinen Gegenvorschlag in Erwägung gezogen. Das ist beim Zweikammersystem meines Erachtens von politischer Bedeutung.

2. Beide Räte haben dem Projekt Neuchlen-Anschwilien, das ja Auslöser der Initiative war, zweimal mit erdrückender Mehrheit zugestimmt und dabei festgestellt, dass das Projekt Neuchlen-Anschwilien den Umwelt- und Raumplanungsanforderungen in jeder Hinsicht entspricht.

3. Jeder Gegenvorschlag würde als Zugeständnis an die Adresse der Initianten und als Schwächezeichen ausgelegt, was zusätzliche Unsicherheit entstehen liesse.

4. Jeder Gegenvorschlag könnte das Lager der Gegner der Initiative – das scheint mir sehr wesentlich zu sein – aufspalten und die Fronten verwischen, was um so gefährlicher ist, als zurzeit eine Viererpackung antimilitärischer Initiativen ansteht: Ich erinnere an die Initiative betreffend Kampfflugzeuge, an die Initiative zur Halbierung der Rüstungsausgaben, an die Initiative zur Einführung des Rüstungsreferendums und eben an die vorliegende Waffenplatz-Initiative.

5. Klare Fronten sind vorzuziehen, um so mehr, wenn eine Doppelabstimmung über die Waffenplatz- und die Kampfflugzeug-Initiative durchgeführt werden kann, was ich persönlich ebenfalls befürworte. Klare Fronten erhöhen die Möglichkeit, die Armeeabschaffer bzw. deren Salamtaktik klar zu demaskieren. Ein unnötiger Gegenvorschlag könnte hierbei nur hinderlich sein.

Mit all diesen sachlichen und politischen Argumenten ersuche ich Sie, den Antrag von Herrn Kollege Rhinow, aber auch den Antrag von Herrn Kollege Plattner abzuweisen.

Loretan: Ich möchte mich in der materiellen Diskussion um die Initiative und den Antrag Rhinow (Gegenvorschlag) in drei relativ kurzen Teilen äussern.

1. Die Initiative mit dem Titel «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» ist zur Ablehnung zu empfehlen. Sie will ja nur vordergründig mehr Umweltschutz. Umweltschutz wird von Armee und EMD-Verwaltung schon heute

weitgehend praktiziert. Umweltschutz- und Raumplanungsgesetz werden je länger, desto mehr, teilweise auf freiwilliger Basis, eingehalten. Ganze Landschaften verdanken so ihr Ueberleben der Armee.

Bei der Initiative geht es im Grunde genommen um zwei Dinge: Erstens geht es um die verfassungswidrige Verhinderung von Neuchlen-Anschwilen als Ersatz für den Waffenplatz St. Gallen; von Neuchlen-Anschwilen, das mehrfach vom Parlament beschlossen und bestätigt worden ist; von Neuchlen-Anschwilen, auf dem linke Aktivisten ihre rechtswidrigen Uebungen abgehalten haben, zum Teil wohlwollend von eidgenössischen Parlamentariern unterstützt – aus der anderen Kammer, dies sei zur Ehrenrettung des Ständerates gesagt. Zweitens geht es bei dieser Initiative um einen Beitrag zur Armeeabschaffung. Die Armeeabschaffung wird nach dem Misserfolg der GSoA-Initiative vom November 1989 in Raten angestrebt: dies von einer vereinigten Linken mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, einer Bundesratspartei also, bzw. – ich muss präzisieren – mit Unterstützung derjenigen Leute darin, die dort seit einigen Jahren Arm in Arm mit den Armeeabschaffern den Ton angeben.

Herr Küchler hat mit Recht darauf hingewiesen, dass die Waffenplatz-Initiative nunmehr in den Viererverbund von Armeeabschaffungs-Initiativen «im zweiten Anlauf» gehört. Er hat sie aufgezählt; ich verzichte darauf, sie zu wiederholen. Seien wir uns doch mit unseren Gegnern darin einig: Die Annahme aller oder einzelner dieser vier Initiativen würde unserer Milizarmee das Genick brechen. Es gilt, gegen diese vier Versuche kompromisslos, ohne Wenn und Aber und ohne Federlesens, anzutreten und den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, worum es wirklich geht. Es geht nicht um militärpolitische Streitfragen, um – wenn auch gewichtige – Details, sondern es geht um unsere Sicherheitspolitik schlechthin und damit um unsere bundesstaatliche Existenz. Es geht ums Ganze oder, um es salopp auszudrücken, «um die Wurst».

2. In der Ablehnung der Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» sind wir wohl hier weitestgehend einig. Wie ist nun aber in der kommenden Volksabstimmung im Frühjahr oder Sommer 1993 ein negativer Volksentscheid zu erreichen? Das ist eine sehr schwierige und komplexe Frage.

Zu konfrontieren ist der Bürger mit der Grundsatzfrage, ob er in diesem je länger, desto mehr unruhigen Europa überhaupt noch eine eigene Armee will. Sie kennen den Spruch: Eine Armee hat jedes Land, die eigene oder eine fremde. Diese Frage ist der Bürgerschaft meiner Meinung nach in zwei Teile gebündelt in einer Doppelabstimmung vorzulegen. Erster Teil der Fragestellung: Wollt Ihr mit der Annahme der Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» eine taugliche Ausbildung der Armee – eine Ausbildung, die diesen Namen noch verdient – verhindern? Zweiter Teil der Frage: Wollt Ihr mit der Annahme der Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» die Armee des schützenden Daches berauben?

Ich plädiere wie Kollege Küchler dafür, dem Souverän, Volk und Ständen, die vorstehend erwähnten beiden Initiativen nach Bereinigung des Europa-Dossiers vor Mitte 1993 in einer Doppelabstimmung vorzulegen. Es geht auch dann um eine wesentliche Säule unserer eidgenössischen Politik.

Nun muss man sich fragen, was denn in dieser politisch brisanten Situation ein Gegenvorschlag zur Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» taugt. Versucht werden dürfte auch, einen Gegenvorschlag zur Initiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» zu gebären. Damit stellt sich die Frage, was Gegenvorschläge in einer solchen Ausgangslage taugen. Ich bin der gleichen Meinung wie Herr Küchler: Sie stiften Verwirrung. Die Fronten werden unklar. Der Bürger fragt sich: Wer steht denn eigentlich noch wo? Komme ich da überhaupt noch draus? Worum geht es denn eigentlich? Geht es um die Sicherheitspolitik in diesem Lande oder um etwas mehr oder weniger Umweltschutz?

3. Die Anliegen des Gegenvorschlages – der Gegenvorschlag ist, wenn wir einen wollen, tauglich und in sachlicher und juristischer Hinsicht absolut gut formuliert – können ohne weiteres in die bevorstehende Revision des Bundesgesetzes

über die Militärorganisation aufgenommen werden, obwohl der Bund der Umwelt- und Raumplanungsgesetzgebung heute schon gerecht wird. Wir können aber diese Grundsätze, wie sie der Gegenvorschlag plakatiert, bestätigend in die Gesetzgebung aufnehmen, nämlich die Beschränkung auf die genügende Zahl von maximal 40 Waffenplätzen und die Beachtung der genannten Gesetzgebung.

Aus den genannten Gründen beantrage ich Ihnen ebenfalls Zustimmung zur klaren Haltung der Kommissionsmehrheit, wie sie Kollege Ziegler Oswald eindrücklich begründet hat.

Schoch: Ich äussere mich zunächst ganz kurz zur Initiative selbst, um nochmals festzuhalten, dass ich die Initiative ablehne und den Bau der Kaserne Neuchlen-Anschwilen befürworte. Ich habe das in diesem Rat bereits mehrfach zu Protokoll gegeben und möchte diese Position heute bestätigen.

Anlass dazu, das Wort zu ergreifen, gibt mir der Gegenvorschlag, den Herr Rhinow beantragt. Ich befürworte diesen Gegenvorschlag und meine, es sei dringend geboten, ihm zuzustimmen.

Man kann aus zweierlei Ueberlegungen heraus dazu kommen, den Gegenvorschlag zu unterstützen: entweder weil man befürchtet, die Initiative habe gute Aussichten, angenommen zu werden, und weil man versuchen will, mit dem Gegenvorschlag Stimmen von der Initiative zugunsten des Gegenvorschlages wegzuziehen. Man kann aber auch gerade umgekehrt von der gegenläufigen Auffassung ausgehen, mit der Ablehnung der Initiative rechnen und aus dieser Ueberlegung heraus den Gegenvorschlag befürworten. Ich möchte unterstreichen, dass das meine Position ist. Ich persönlich gehe davon aus, dass die Initiative abgelehnt werden wird. Wenn die Initiative abgelehnt wird, wird die Rechtslage dann wieder die gleiche sein, wie sie es heute ist. Wir hätten dann also keine Veränderung gegenüber der gegebenen Rechtslage, und das vermag mich nicht zu befriedigen.

Das ist für mich Anlass dazu, den Gegenvorschlag zu unterstützen, und zwar aufgrund einer nach meiner Auffassung zwingenden Ueberlegungskette.

Ich habe aber das Bedürfnis, zuerst noch zu sagen, dass die Position, die ich jetzt vertrete, nicht etwa neu ist, dass ich sie nicht erst im Zusammenhang mit dem durch Herrn Rhinow eingebrachten Gegenvorschlag erfunden habe; sondern das war bereits die Position, die seinerzeit die durch den Ausbildungschef der Armee eingesetzte Arbeitsgruppe «Armee reform» vertreten hat, jene Arbeitsgruppe, die vor zwei Jahren ihren Bericht – der auch vom Parlament zur Kenntnis genommen worden ist – dem Bundesrat präsentiert hat. In diesem Bericht heisst es auf Seite 36 unter der Randziffer 118, die Arbeitsgruppe empfehle, «das Vorgehen bei militärischen Bauten möglichst eng an das zivile Baubewilligungsverfahren anzulehnen». Das also ein Postulat der seinerzeitigen Arbeitsgruppe «Armee reform». Diesem Postulat – das ich mittrage und schon immer mitgetragen habe – kommt der Gegenvorschlag von Herrn Rhinow ganz eindeutig entgegen. Ich bin also nicht nur legitimiert dazu, den Gegenvorschlag zu unterstützen, sondern ich bleibe mir selbst damit auch treu.

Jetzt zu den Gründen in rein sachlicher und rechtlicher Hinsicht: Auszugehen ist davon, dass die Rechtslage heute ganz eindeutig sehr diffus, sehr unklar ist. Grundlage für die rechtlich gegebene Situation – darauf haben bereits andere Votanten hingewiesen – ist Artikel 164 Absatz 3 MO, des Bundesgesetzes über die Militärorganisation. Dieser Artikel 164 Absatz 3 hat folgenden Wortlaut: «Die Ausführung von Arbeiten, die der Landesverteidigung dienen, darf keiner kantonalen Gebühr oder Bewilligung unterworfen werden.» Das heisst, dass ein formelles Baubewilligungsverfahren für Arbeiten, die der Landesverteidigung dienen, nicht notwendig ist und nicht durchgeführt wird. Erst recht brauchen in diesem Zusammenhang also keine kommunalen Vorschriften eingehalten und berücksichtigt zu werden. Daraus ergibt sich, dass bei Bauten, die der Landesverteidigung dienen, keine Gewähr dafür besteht, dass alle sonst zu Recht so strikte gehandhabten Vorschriften im baupolizeilichen Bereich berücksichtigt werden. Diese Gewähr fehlt wegen Artikel 164 Absatz 3 MO.

Allerdings ist zuzugeben, dass Artikel 164 Absatz 3 MO nur von kantonalen Vorschriften spricht, die nicht berücksichtigt, nicht eingehalten werden müssen. Das heisst also, dass eigentlich der Raum für die Anwendung eidgenössischer Gesetze durchaus offen wäre, dass Artikel 164 Absatz 3 MO die Anwendung beispielsweise des Raumplanungsgesetzes und der Gesetzgebung über die Umwelt auf militärische Bauten nicht ausschliessen würde. Es gibt keine klaren gesetzlichen Vorschriften, die festlegen, dass die Raumplanungs- und Umweltschutzgesetzgebung bei Bauvorhaben des EMD nicht berücksichtigt und nicht eingehalten werden müsste. Aber der Schein trügt. In der Praxis, in Tat und Wahrheit sieht die Sache nämlich ganz anders aus als in der Theorie, und zwar aus zwei Gründen:

Zum einen ist der Vollzug der eidgenössischen Gesetzgebung über die Raumplanung und über die Umwelt über weite Strecken den Kantonen übertragen. Die Kantone müssen die eidgenössischen Vorschriften vollziehen. Da liegt es auf der Hand, dass sich ein Konflikt nicht umgehen lässt, denn die Kantone sind aufgrund der Norm, die ich Ihnen zitiert habe, aufgrund von Artikel 164 Absatz 3 MO, eben nicht legitimiert, Baubewilligungserlasse im Zusammenhang mit Bauvorhaben des EMD ergehen zu lassen. Da ist der Konflikt bereits vorprogrammiert.

Dann kommt ein Zweites dazu: Das Bundesgericht hat entschieden, dass Artikel 164 Absatz 3 MO – entgegen dem, was eigentlich ein durchschnittlicher Jurist als gegeben empfinden müsste – den eidgenössischen Raumplanungs- und Umweltschutzvorschriften vorgehe, dass also – mit anderen Worten – das EMD faktisch machen kann, was es will. Ich konzidiere und weiss, dass man in der Praxis nicht überall so handelt. Aber dort, wo Konfliktsituationen entstehen, ist das EMD naheliegenderweise und aus durchaus nachvollziehbaren Überlegungen eben doch versucht – und dieser Versuchung widersteht es dann eben auch in vielen Fällen nicht –, davon auszugehen, dass Artikel 164 Absatz 3 MO massgeblich ist und dass demgemäss die gesetzlichen Vorschriften über die Raumplanung und die Umwelt nicht zu berücksichtigen sind.

Ich möchte einfach auf den einschlägigen und wesentlichen Entscheid des Bundesgerichtes verweisen. Er ist übrigens im Zusammenhang mit dem Waffenplatzprojekt Rothenthurm ergangen. Es handelt sich um den Entscheid BGE 110 Ib 260f. Ich zitiere zwei Sätze aus diesem Urteil. Da sagt das Bundesgericht z. B. auf Seite 262: «In der Lehre wird Artikel 164 Absatz 3 MO als grundlegende Norm betrachtet, die dem Raumplanungsgesetz vorgeht.» Dann auf Seite 263: «Bei dieser Sachlage ist die Eidgenossenschaft nicht verpflichtet, für die Erstellung von der Landesverteidigung dienenden Bauten eine Ausnahmebewilligung nach Artikel 24 RPG einzuholen.» Im Klartext bedeutet das, dass zwar jedermann verpflichtet ist, für eine Baute ausserhalb von Bauzonen eine Ausnahmebewilligung einzuholen. Das EMD muss sich aber nicht an diese Verpflichtung halten; es kann frei Bauten ausserhalb von Bauzonen erstellen – anders als jeder andere in diesem Land – und macht von dieser Möglichkeit auch Gebrauch, und zwar nicht nur für Führungs- oder Kampfbauten, sondern beispielsweise auch für Ausbildungsanlagen, wie eben für Kasernen, wie beispielsweise im Fall Rothenthurm. Das ist die ganz klare Konsequenz aus dem Urteil BGE 110 Ib 260f.

Das ist eine Sachlage und rechtliche Situation, die offenkundig nicht oder nicht mehr zu befriedigen vermag. Ich weiss, dass ich wahrscheinlich vor 40 Jahren die Situation selbst auch anders beurteilt hätte. Aber mittlerweile haben sich die Werte verändert. Mittlerweile ist die Wertordnung verschoben worden, verschoben zugunsten des Raumplanungsdenkens, zugunsten des Denkens und der Anliegen im Bereich des Umweltschutzes. Wenn wir dieser neuen Wertordnung Rechnung tragen wollen – und das müssen wir tun –, dann braucht es einen Anstoss auf Verfassungsebene, und dann braucht es eben eine Norm, wie sie im Gegenvorschlag von Herrn Rhinow zur Verfügung stehen würde – im Gegenvorschlag, der all das bringt, was notwendig und unerlässlich ist, und der dann greift, wenn die Initiative abgelehnt wird. Würde aber der Gegenvorschlag nicht präsentiert und die Initiative abgelehnt, so

wären wir wieder gleich weit, wie wir es heute sind. Dass wir heute eine unbefriedigende Situation haben, habe ich Ihnen dargelegt.

Ich empfehle Ihnen deshalb, dem Gegenvorschlag von Herrn Rhinow zuzustimmen und damit die verfassungsrechtliche Grundlage für eine neue rechtliche Situation im Zusammenhang mit der Erstellung von militärischen Bauten zu schaffen.

Jagmetti: Wenn ich mir erlaube, Ihre Zeit am Freitag morgen noch kurz in Anspruch zu nehmen, so liegt meine Legitimation darin, dass ich Ihnen seinerzeit als Präsident der Militärkommission den ersten Kredit für Neuchlen-Anschwilien zu präsentieren hatte. Deshalb möchte ich mich kurz zu dieser Frage äussern.

Ich votiere gegen die Initiative und für den Gegenvorschlag. Die Initiative richtet sich gegen Neuchlen-Anschwilien, schafft aber eine Ordnung, die die Vorbereitung unserer Landesverteidigung in Frage stellen würde. Das mag dem Willen einzelner der Urheber der Initiative entsprechen; ich nehme aber kaum an, dass alle Unterzeichner das wirklich wollen. Lassen Sie mich das an einigen ganz einfachen Beispielen erläutern. Wenn die Armee eine neue Minenwerferstellung oder sogar einmal eine neue Flugzeugkaverne bauen möchte, so müsste sie nach der Initiative eine Baubewilligung mit Planaufgabe und öffentlicher Bekanntmachung nicht nur des Standortes, sondern der ganzen Konzeption der Anlage einholen. Es ist offensichtlich, dass das den Sinn des Vorhabens in Frage stellen würde. Die Baupolizeivorschriften von Kantonen und Gemeinden – etwa über den natürlichen Licht- und Luftzutritt zu Räumen, die dem dauernden Aufenthalt von Menschen dienen – auf einen Kommandoposten oder auf eine Kampfanlage anwenden: Alle, die einmal in einem solchen Ort waren, wissen, dass das nicht geht. Beim Umweltschutz verhält es sich ähnlich. Sie erinnern sich vielleicht an den 75-Millionen-Kredit, den wir für die Schiessanlage der Gruppe für Rüstungsdienste in der Wittummatte in Thun bewilligt haben, um die Lärmschutzverordnung einhalten zu können. Diese Verordnung sieht auch Grenzwerte für Schiessplätze vor. Aber wiederum ist es nicht möglich, Kampfbauten den Umweltschutzmassnahmen in vollem Umfang zu unterstellen. Also ist der Vorschlag der Initiative nicht realisierbar, ausser wir würden auf die festen Anlagen für unsere Landesverteidigung einfach verzichten; und es ist klar, dass das nicht möglich ist.

Der Gegenvorschlag unterstellt die Waffenplätze der Raumplanung. Herr Schoch hat soeben auf Artikel 164 Absatz 3 Militärorganisation und auf den Bundesgerichtsentscheid in Sachen Rothenthurm hingewiesen. Er hat gesagt, ein Durchschnittsjurist würde Artikel 164 MO anders auslegen. Ich darf bemerken, dass das nicht nur für Juristen zutrifft, sondern auch für Leute anderer Berufsgattungen. Ich habe diesen Fall mit einer Gruppe von Kulturingenieuren besprochen, und es leuchtete ihnen ebenfalls nicht ein, dass man die Waffenplätze gleich wie Kampfbauten behandeln müsse.

Ich halte den Vorschlag von Herrn Rhinow nicht nur für vernünftig, sondern auch für im Interesse der Armee liegend. Unser stark beanspruchter Raum schliesst – das ist unvermeidlich – Nutzungskonflikte ein. Wir haben solche Nutzungskonflikte lange fast ausschliesslich in der Abgrenzung zwischen Siedlungsgebiet und Landwirtschaftsflächen gesehen. Das bleibt ein Kernanliegen. Aber darüber hinaus gibt es eine Reihe anderer Nutzungskonflikte, selbst im unüberbauten Gebiet: etwa zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Erholung, aber auch im Zusammenhang mit öffentlichen Werken verschiedenster Art, die eben den Raum verändern.

Nun erlaubt die Raumplanung und namentlich die Richtplanung, solche Nutzungskonflikte zu lösen. Letztere ist geradezu ein Instrument der Konfliktlösung. Dass das keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mit sich bringt, zeigen die positiven Fälle, bei denen so vorgegangen wurde, auch wenn man da nicht die Instrumente der Raumplanung angewendet hat. Stellen Sie sich vor, dass ein Waffenplatz im Agglomerationsbereich von Zürich nach sorgfältigsten Abklärungen gebaut werden konnte, weil es gelang, militärische Bedürfnisse, Landschaft, Erholung und Umweltschutz – ich meine Schiesslärme – miteinander in Übereinstimmung zu bringen.

Das war auch der Grund, weshalb ich seinerzeit dem EMD einen Vorschlag unterbreitet habe, Artikel 164 MO sei entsprechend abzuändern und die Waffenplätze seien in die Richtplanung einzubeziehen, weil die Richtplanung der Kantone der Genehmigung durch den Bundesrat unterliegt. Damit hätte der Bundesrat für die gegenseitige Abgrenzung der Interessen von Bund und Kantonen sorgen können, und die Konflikte wären bewältigt worden. Wenn der Ausbildungschef meinen Vorschlag gut fand, so fand die Idee in der Militärverwaltung keinerlei Gehör; und da es nicht meine Aufgabe war, primär die Arbeit des EMD zu erleichtern, habe ich keinen parlamentarischen Vorstoss eingereicht. Ich bedaure das nachträglich.

Mein seinerzeitiger Vorschlag ging dahin, die Militärorganisation entsprechend zu ändern, also dieses Problem auf Gesetzesstufe zu lösen. Das könnten wir auch heute noch tun. Nur haben wir es jetzt mit einer Volksinitiative auf Verfassungsstufe zu tun; und so komme ich zum Ergebnis, dass wir in diesem Fall die Verfassungsstufe wählen sollten, wenn ich auch der Meinung gewesen bin, wir hätten das auf Gesetzesstufe tun können.

Ich glaube nicht, dass der Gegenvorschlag von Herrn Rhinow gewissermassen ein Entgegenkommen auf halbem Weg ist, sondern sein Vorschlag ist eine kohärente, vernünftige Lösung. Ich teile die Auffassung, dass das eine sinnvolle Massnahme ist, nicht nur im Interesse der räumlichen Ordnung, sondern letztlich auch der Armee.

Ich bitte Sie also, zur Initiative eine negative, aber zum Gegenvorschlag eine positive Stellungnahme abzugeben.

Piller: Ich wollte mich eigentlich nicht zum Wort melden, aber die Voten von Herrn Küchler und speziell auch von Herrn Loretan zwingen mich, doch noch etwas zu sagen, weil Herr Loretan ja meine Partei speziell angesprochen hat.

Ich persönlich bin Herrn Rhinow sehr dankbar, dass er hier diesen Gegenvorschlag eingebracht hat.

Ich war Mitglied der Militärkommission, als wir über den Waffenplatz Rothenthurm diskutierten. Ich habe damals die gleichen Argumente gehört. Es wurde dort ausgeführt, eigentlich könnten wir auf dieses Aufklärungsgelände verzichten, aber wir dürften jetzt keine Schwäche zeigen, wir müssten jetzt durchziehen, wir dürften nicht nachgeben. Diese Argumentation wurde dann auch hier im Rat vorgetragen. Was war das Resultat? Die Rothenthurm-Initiative wurde vom Volk angenommen, obwohl damals alle gesagt haben: Das müssen wir durchziehen und müssen die Initiative ablehnen. Diese nachgiebige Haltung – insbesondere einiger Beamter des Militärdepartementes – und das Strammstehen des Parlamentes haben dazu geführt, dass diese Initiative und die nachfolgenden Initiativen eingereicht worden sind.

Ich bin der Meinung, dass man Volksinitiativen ernst nehmen muss und dass man keine Schwäche zeigt, wenn man gewisse Argumente, gewisse Ziele dieser Initiativen aufgreift und sie auch positiv bewertet. Es ist kein Zeichen der Schwäche, wenn man eine Initiative, die von über 100 000 Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben wird, ernst nimmt und diskutiert. Wenn wir das nicht machen und Angst haben, wir würden Schwäche zeigen, dann riskieren wir, vom Volk zurückgepfiffen zu werden. Ich kann Ihnen sagen: Diese Initiative hat grosse Chancen, vom Volk angenommen zu werden, genau gleich wie die Rothenthurm-Initiative.

Zum Umweltschutzgesetz: Ich persönlich bin nicht Spezialist, aber wenn heute gesagt wird, dass wir wegen der Einsprachemöglichkeiten des Umweltschutzgesetzes bei der «Bahn 2000» derartige Probleme erhalten, dann sollten wir – wir haben das ja schon bei den Regierungsrichtlinien diskutiert – gewisse Artikel dieser Gesetze ändern und dafür sorgen, dass die Einsprachemöglichkeiten nicht dazu führen, dass alles blockiert wird. Wir können nicht einfach sagen: Weil wir bei der «Bahn 2000» Probleme haben, dürfen wir hier nicht nachgeben. Dazu kommt, dass Artikel 5 des Umweltschutzgesetzes ganz klar sagt: «Soweit die Gesamtverteidigung es erfordert, regelt der Bundesrat durch Verordnung die Ausnahmen von Bestimmungen dieses Gesetzes.» Es ist also ganz klar, dass der Bundesrat über Verordnungen das Umweltschutzge-

setz ausser Kraft setzen kann, wenn es um Fragen der Gesamtverteidigung geht.

Herr Loretan, Sie haben wiederum die Sozialdemokratische Partei indirekt angegriffen und die Regierungsbeteiligung indirekt in Frage gestellt. Ich weiss, dass unsere Partei den Fragen der Landesverteidigung immer relativ kritisch gegenüberstand. Aber ich kann Ihnen auch sagen, dass unsere Partei immer zur Landesverteidigung gestanden ist – d. h. meine Generation. Dass wir in unserer Partei demokratisch Diskussionen führen, dass wir gewisse Projekte in Frage stellen und auch ablehnen, Herr Loretan, das ist ganz klar. Ich habe hier im Rate schon einige Militärvorlagen abgelehnt, aber ich habe auch sehr viele akzeptiert. Und als Demokrat bin ich der Meinung, dass auch militärische Vorlagen demokratisch diskutiert werden und die Meinung entsprechend gebildet wird und dass es Ja und Nein gibt. Ich bin gegen den Kauf des F/A-18. Das habe ich hier dokumentiert; ich habe dagegen gestimmt. Ich war gegen den Waffenplatz Rothenthurm. Heute stelle ich fest, dass es ja ohne diesen Waffenplatz Rothenthurm geht. Hat die Armee deshalb Probleme bekommen? Ueberhaupt nicht. Es hat unter diesen Leuten, die jetzt beispielsweise sagen: «Diesen Waffenplatz wollen wir nicht» nicht nur linke Armeeabschaffer. Sie sagen: «Wir möchten diesen Waffenplatz einfach nicht; es ist in unserer Schweiz räumlich sehr eng geworden.» Es ist begreiflich, dass es gewisse Reaktionen gibt und viele sagen: «Jetzt wollen wir hier keinen Waffenplatz mehr.»

Aber ist die Existenz unserer Armee in Frage gestellt, wenn wir zu einem Waffenplatz nein sagen? Wir haben doch sehr viele Waffenplätze. Und ich möchte hier einfach sagen: Hören wir doch auf, Leute, die zu solchen Objekten hie und da mal kritisch Stellung beziehen und sie ablehnen, einfach als Armeegegner oder sogar als Landesverräter einzustufen. Ich komme aus einer alten Freiburger Familie, und ich kenne in meiner Familie – ich sage es hier offen – bis heute keinen einzigen Landesverräter, obwohl wir Militärfragen sehr kritisch gegenüberstehen. Aber ich glaube, gerade das macht unsere Demokratie stark, wenn wir auch hier kritisch Stellung beziehen können und auch einmal ablehnen können, ohne gleich in die Ecke der Armeeabschaffer und der Landesverräter gestellt zu werden.

Ich möchte hier ganz klar festhalten, dass ich mir das Recht herausnehme, zu gewissen Fragen, zu gewissen Projekten auch mal nein zu sagen, obwohl ich die Armee nicht grundsätzlich ablehne. Ich habe hier den Beweis in den letzten 13 Jahren sicher erbracht.

Die Sozialdemokratische Partei – Herr Loretan – ist, im gesamten gesehen, eine sehr verlässliche Bundesratspartei. Sehen Sie mal unsere Stellungnahmen durch; machen Sie mal eine Bilanz. Sie werden sehen, dass wir wahrscheinlich die treueste Bundesratspartei sind. Ich möchte Sie einfach bitten, meine Partei nicht immer in die Ecke der unseriösen Regierungspartei zu stellen. Wir wollen einen Beitrag leisten, diesen Staat zu tragen und zu erhalten, auch mit Blick auf die Landesverteidigung. Aber bitte akzeptieren Sie, dass wir hier manchmal kritisch sind, was auch nötig ist. Akzeptieren Sie das doch im demokratischen Geiste.

M. Flückiger: Très rapidement, l'appréciation suivante: la proposition de M. Rhinow possède à mes yeux d'incontestables qualités de séduction. Juridiquement, elle respecte l'unité de matière du texte législatif, vertu qui fait défaut dans la proposition des initiants, alors même que ce qui peut y avoir de positif dans les objectifs de ces derniers, utilisation parcimonieuse du territoire et protection de l'environnement, n'est pas purement et simplement ignoré. Par contre, la rétroactivité que l'initiative introduit dans un cas précis est écartée. Cela est juste et bon. On n'aurait jamais dû et on ne devrait jamais déroger du principe de la non-rétroactivité des textes législatifs. Il en va de la sécurité même du droit, quoi qu'en disent les experts de la Couronne, divisés d'ailleurs entre eux sur ce sujet.

Enfin, de l'avis même des militaires, les exigences de l'instruction de la troupe – dont le projet Armée 95 postule la réduction des effectifs – peuvent être satisfaites avec l'utilisation intensive autant que rationnelle de quelque 40 emplacements techniquement bien équipés, technologie moderne – comme le simulateur de tir – comprise.

Politiquement, la proposition de M. Rhinow devrait permettre de faire l'économie d'une bataille, pour le moins d'affrontements qui, même démocratiques, finissent par laisser des traces.

Dans la mesure où les partisans, ô combien légitimés à l'être, d'une défense nationale crédible, sont confrontés depuis quelque temps – un autre affrontement est déjà programmé – à ceux des citoyens auxquels l'armée suisse, populaire, de milice, donne curieusement des dérangeaisons, dans la mesure où partisans et adversaires de la défense nationale ne se comprennent décidément pas, il est bon que la proposition de M. Rhinow, qui part d'une appréciation réaliste de la situation juridique, de la situation militaire en ce qui concerne les besoins du DMF pour l'instruction des troupes et réaliste du point de vue politique, soit soutenue. Personnellement, je la voterai.

Zimmerli: Das Votum von Herrn Schoch veranlasst mich zu einer kurzen Intervention. Herr Schoch hat gesagt, obwohl die Anliegen des Umweltschutzes und der Raumplanung geprüft würden, erliege das EMD doch gelegentlich wieder der Versuchung, diese Anliegen unberücksichtigt zu lassen. Diese Behauptung darf aus zwei Gründen so nicht stehengelassen werden:

1. Die Behörden, die Koordinationsstellen des EMD, arbeiten – ich weiss das aus eigener beruflicher Erfahrung – sehr intensiv und sehr sorgfältig mit dem Buwal und dem Bundesamt für Raumplanung zusammen. Ich kenne keine Koordination der Anliegen Umwelt und Raumplanung, die auch nur annähernd so sorgfältig durchgeführt wird wie diejenige im EMD.

2. Das Anliegen von Herrn Rhinow im neuen Absatz 4 von Artikel 22 BV ist grundsätzlich sympathisch. Herr Rhinow sagt, beim Bau und Betrieb von Waffenplätzen müssten die Anliegen der Raumplanung und des Umweltschutzes berücksichtigt werden. Das ist unbestritten, darüber müsste eigentlich hier nicht mehr diskutiert werden. Es geht Herrn Rhinow um das Materielle. Aber das Votum von Herrn Schoch hat nun gezeigt, wie grundlegend diese Bestimmung missverstanden werden kann. Wenn Herr Schoch sagt, dass für Waffenplätze inskünftig vernünftigerweise Ausnahmebewilligungen nach Artikel 24 RPG verlangt werden müssten, heisst das nichts anderes, als dass kantonale Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden müssen – mit allen Schikanen, die Sie kennen. Wenn diese Ergänzung der Verfassung so zu verstehen ist, dann muss ich Ihnen sagen, dass ich dagegen bin. Wenigstens sollte dann in diesem Haus zuhänden der Materialien mit aller Deutlichkeit erklärt werden, dass am formellen Teil von Artikel 164 Absatz 3 des Bundesgesetzes über die Militärorganisation kein einziger Buchstabe geändert wird, dass für derartige Waffenplätze keine Bewilligungsverfahren nach Baubewilligungsrecht, nach Raumplanungsrecht durchgeführt werden. Selbstverständlich kann man bei der Richtplanung weiter gehen. Das hat Herr Jagmetti überzeugend gesagt. Aber dafür können wir die Militärorganisation ändern.

Rhinow: Ich möchte Ihnen für die fundierte Diskussion über meinen Antrag herzlich danken. Ich nehme nochmals zu einigen Punkten Stellung, bei denen ich das Gefühl habe, der Vorschlag sei missverstanden worden oder die Argumente seien nicht stichhaltig.

Vorerst: Wenn wir im Ständerat darauf verzichten, eigene Gegenvorschläge auszuarbeiten, nur weil wir Zweitrat sind, dann unterstützen wir das Zweikammersystem nicht – damit werde ich mich an Herrn Küchler –, sondern sägen an dessen Ast. Es ist für mich kein Argument, in diesem Rate etwas nicht zu tun, nur weil der Nationalrat es auch nicht getan hat. Dann darf ich in Klammern anfügen, dass die Anträge im Nationalrat vor allem auch deshalb nicht gutgeheissen worden sind, weil sie sehr kurzfristig eingereicht worden sind und nicht ausgereift schienen; sie hatten auch einen anderen Wortlaut. Die Kommission konnte nicht Stellung dazu nehmen, und deshalb ist eingewendet worden, man wolle diese Anträge in der Debatte nicht unbesehen gutheissen.

Zum zweiten Argument, der erste Satz des Anliegens sei nicht verfassungswürdig: Nun ja, wenn wir alles aus unserer Verfas-

sung streichen würden, was nicht verfassungswürdig ist, hätten wir nur noch einige wenige Artikel in unserer Bundesverfassung. Das ist kein Argument! Wenn die Initiative angenommen wird, dann haben wir diesen Satz mit den Waffenplätzen in der Verfassung, und dann kräht kein Hahn danach, ob diese Bestimmung verfassungswürdig sei oder nicht.

Es ist auch gesagt worden, der Gegenvorschlag decke sich mit dem geltenden Rechtszustand, er bringe nichts. Herr Schoch und vor allem Herr Jagmetti haben nachgewiesen, dass das nicht stimmt. Nicht nur die Begrenzung der Zahl der Waffenplätze steht nicht in unserer Rechtsordnung, sondern auch die Massgeblichkeit des Raumplanungs- und Umweltschutzrechtes ist so nicht in unserer Rechtsordnung verankert. Deshalb ist der Gegenvorschlag, lieber Kollege Plattner, auch keine Mogelpackung – im Gegensatz zur Initiative!

Wem der Umweltschutz bei Waffenplätzen ein Anliegen ist, sollte meinem Antrag zustimmen. Wer ihn ablehnt und die Initiative gutheisst, der sagt damit aus, dass es ihm letztlich nur um Neuchlän-Anschwilen geht und nicht um das materielle Anliegen des Umweltschutzes.

Schliesslich ein letzter Punkt: Es sind heute morgen in diesem Rat recht markige Töne gefallen. Ich bin etwas erstaunt. Ich fühle mich um Jahrzehnte zurückversetzt. Natürlich kann man sagen: Klare Fronten; Kompromisslosigkeit; alles oder nichts usw. Aber das schmeckt mir sehr nach Abrechnung. Das schmeckt mir nach «Denen muss man es jetzt endlich zeigen!». Ich habe Mühe damit. Ist das denn die Politik, die wir in diesem Rate machen? Ich meine nein!

Wir möchten doch eine vernünftige Lösung suchen. Wir möchten eine Lösung suchen, die es der Armee gestattet, auch in Zukunft auszubilden, ohne durch tausend Fussangeln behindert zu sein. Wir möchten eine Lösung, die gerade nicht in diesem Schema, in diesem Koordinatennetz des Alles-oder-Nichts hängenbleibt. Und wenn es um die Sache geht, um eine vernünftige Lösung, der sollte meines Erachtens dem Gegenvorschlag zustimmen.

Frick: Ich verzichte auf das Wort, nachdem der Initiant bereits repliziert hat. Ich will nicht Argumente anführen, auf die er nicht mehr antworten kann.

Loretan: In aller Kürze. Ich möchte mich an unseren geschätzten Vizepräsidenten und Kollegen Otto Piller wenden. Erstens danke ich ihm für sein bemerkenswertes Votum. Zweitens halte ich auch zuhänden des Protokolls fest, dass ich in meinem Votum den Ausdruck «Landesverräter» nicht gebraucht habe. Drittens habe ich, als ich mich an die SPS gewandt habe, eine Einschränkung gemacht. Ich habe an Leute gedacht – ich habe einfach die Namen noch nicht genannt – wie Herrn Bodenmann oder Herrn Rechsteiner; andere möchte ich hier vor der Zitierung verschonen. Wir haben inzwischen persönlich miteinander gesprochen. Die Situation scheint wieder bereinigt zu sein. Damit habe ich, Herr Rhinow, dem Geist dieses Hohen Hauses Tribut gezollt.

Bundesrat **Villiger:** Ich darf Ihnen hier ein weiteres Mal bestätigen, dass der Bundesrat kein Bedürfnis für mehr als 40 Waffenplätze sieht. Aus unserer Sicht genügen sogar deren 39.

Aktiver Umweltschutz ist für das EMD und die Armee ein wichtiges Anliegen. Deshalb ist für mich der zweite Teil des Titels («Umweltschutz auch im Militär») eine Selbstverständlichkeit, und deshalb muss man diese beiden Dinge nicht in die Verfassung schreiben; mit diesem Anliegen rennt man offene Türen ein.

Der Bundesrat kann somit – zum Gegenvorschlag werde ich mich in einem zweiten Teil äussern – zum Titel der Initiative ja sagen. Aber er ist der Meinung, dass der Inhalt der Initiative nicht dem Titel entspricht, sondern erheblich darüber hinausgeht.

Deshalb lehnt der Bundesrat die Initiative ab. Der Ausdruck «Mogelpackung» ist schon im Hinblick auf den Gegenvorschlag gefallen. Ich würde eher dazu neigen, ihn für die Initiative selber zu verwenden. Der Titel findet in die Verfassung keinen Eingang. Sie wissen das; die Diskrepanz aber liegt im Kleingedruckten.

Die Initiative verfolgt sehr viel weiter gehende Ziele als nur die Plafonierung der Anzahl Waffenplätze und die Verpflichtung auf den Umweltschutz. Einerseits erschwert oder verunmöglicht sie weitgehend, dass Ausbildungsanlagen und Truppenunterkünfte den heutigen und künftigen Anforderungen angepasst werden können, insbesondere durch das strenge Erweiterungsverbot. Des weiteren schliesst sie gewisse Ersatzbauten aus. Die Verdrängung gerade des Waffenplatzes St. Gallen durch die Stadtentwicklung und das Seilziehen um Neuchlen-Anschwilen zeigen dies mit aller Deutlichkeit.

Das EMD unternimmt grosse Anstrengungen, um die Ausbildung zu modernisieren. «Armee 95» wird vermehrt Spezialisierungen bringen müssen. Die Armeeausbildung kann auf diese neuen Bedürfnisse nicht anders reagieren als zivile Schulen, z. B. solche im Bereich der Berufs- oder Erwachsenenbildung. Wir müssen den Unterricht optimieren; wir müssen zeitgemässe Installationen und möglichst kleine Klassen haben. Eine kleinere Armee, die wir anstreben, heisst daher nicht weniger und veraltete Ausbildungsanlagen.

Bei den Schiess- und Übungsplätzen wäre die Lage noch prekärer, wenn solche Plätze aus irgendeinem Grund aufgegeben werden müssten und nicht ersetzt werden dürften. Dann ginge ihre Anzahl kontinuierlich zurück – das haben die Initianten in den Hearings der Nationalratskommission ja auch als so gewollt zugegeben. Wenn diese Plätze zurückgegeben werden müssten, würde der Armee nichts anderes übrigbleiben, als die bestehenden Plätze intensiver zu nutzen sowie vermehrt auf privates Gelände auszuweichen. Damit würden sich die Konflikte noch verschärfen. Die Ausbildungsbedürfnisse der Armee hängen ja nicht vom vorhandenen Raum ab, sondern vom Auftrag der Armee und ihrer Struktur. Nur weil man den Raum einschränkt, nehmen die Raumbedürfnisse nicht ab; die Ausbildung muss einfach auf engerem Raum stattfinden, und das heisst eine vermehrte Nutzung der verbleibenden Teile. Dann würden sich dort die Anwohner bedanken – ganz abgesehen davon, dass sehr viele Landschaften gerade durch die Armee einigermassen gut erhalten werden konnten.

Das EMD wäre zudem veranlasst – und das wird oft übersehen –, bei guten Umnutzungen, deren Sinn erwiesen ist, nicht mehr zuzustimmen, weil es auf jedem Stück Land, das es noch hat, beharren müsste. Solche Umnutzungen liegen häufig im Interesse der Öffentlichkeit. Ich denke an Dübendorf, wo das Kasernenareal für ein Altersheim abgetreten werden sollte, oder an Frauenfeld, wo gegen Realersatz Militärgelände für die «Bahn 2000» zur Verfügung gestellt werden muss. Solche Dinge könnten wir nicht mehr genehmigen, wenn wir wüssten, dass Verluste nicht irgendwo ersetzt werden könnten.

Die Armee und ihre Ausbildungsanlagen müssen mit den Ansprüchen der Zeit Schritt halten können. Das betrifft die Komfortansprüche der Armeeingehörigen, die nicht luxurmässig sein sollten. Aber Sie wissen, dass die Diskrepanz zwischen zivilem Leben und Armee grösser geworden ist, und dem muss auch die Armee in aller Bescheidenheit Rechnung tragen können. Es betrifft aber vor allem die technische Entwicklung bei Waffen und Geräten. Die Ausbildung lässt sich mit Übungshilfen, mit Simulatoren usw. verbessern, und das braucht auch Raum. Im Gegenzug kann aber die Sicherheit stetig verbessert und kann die Umweltbelastung reduziert werden.

Nun komme ich zum Problem, das vor allem die heutige Diskussion geprägt hat: die Gleichstellung ziviler und militärischer Bauten. Ich meine grundsätzlich, dass das staatspolitisch bedenklich ist; und zwar ist es bei allen Aufgaben von nationaler Bedeutung so, dass die Kompetenz für ihre Erfüllung bei dem dafür verantwortlichen und auch demokratisch kontrollierten Gemeinwesen liegen müsste. Das ist der Fall bei Anlagen der Energieversorgung, bei Eisenbahnanlagen, bei Nationalstrassen und auch bei zivilen und öffentlichen Flugplätzen. Die Landesverteidigung ist nun einmal eine primäre Aufgabe des Bundes, und der Bund muss die Mittel haben, die erforderlichen Anlagen zweckmässig zu errichten. Weil alle Militärbauten erfasst würden, könnte auch für sensitive Anlagen – vor allem Führungsanlagen – die Geheimhaltung nicht mehr wie bisher gewährleistet werden, weil eine öffentliche Planauf-

lage sie vereiteln würde. Das wäre widersinnig. Einerseits müsste sich ein Soldat, der dort tätig wäre, im Prinzip strikte an die Geheimhaltung halten, auf der anderen Seite würden solche Baupläne publiziert. Das ist meines Erachtens mehr als widersinnig.

Zudem wäre auch – und ich bin froh, dass Herr Zimmerli darauf hingewiesen hat – eine uneinheitliche und zersplitterte Praxis die Folge, und die militärische Bautätigkeit wäre wahrscheinlich faktisch in weiten Teilen blockiert. Das ist von der Initiative sicher auch so gewollt. Sie würde eine umfassende und zusammenhängende Planung militärischer Bauten und Anlagen verunmöglichen oder zumindest stark erschweren.

Das heisst nun nicht – ich komme auf das zurück, was Herr Schoch zu meiner Ueberraschung doch etwas sehr dramatisch geschildert hat –, dass der Bund bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Anliegen der Kantone und Gemeinden übergehen darf. Das Bundesgericht hat mit seiner Praxis den Bund – meiner Ansicht nach zu Recht – verpflichtet, kantonales und kommunales Recht so weit zu berücksichtigen, als es dem Bund die Erfüllung seiner Aufgaben nicht verunmöglicht oder erheblich erschwert. Das EMD ist also in der Auslegung dieser Dinge überhaupt nicht frei. Die Freistellung gemäss Artikel 164 Absatz 3 MO besteht nur in verfahrensmässiger und formeller Hinsicht. Materiell ist das EMD an Raumplanungs- und Umweltrecht gebunden, und zwar verpflichtet das Bundesgericht gerade dazu. Die Bundesgerichtspraxis verpflichtet auch zur Berücksichtigung des kantonalen Rechts, wenn – wie ich gesagt habe – die Erfüllung der Bundesaufgabe damit nicht verunmöglicht oder erheblich erschwert wird. Im übrigen ist ja bei jedem einzelnen Vorhaben das Parlament im Detail informiert und kann Einspruch erheben. Die nach dem Volk zweitoberste demokratische Instanz kann das kontrollieren. Ich wäre im Prinzip froh gewesen, wenn Herr Schoch konkrete Beispiele genannt hätte, denn meine Mitarbeiter setzen alles daran, diese Konflikte zu lösen, und ich setze auch Druck auf, damit dies geschieht.

Wir sind uns aber trotzdem bewusst, dass das heutige Verfahren verbessert werden kann, und wir haben dieses Anliegen schon in die ersten Entwürfe der Totalrevision des Bundesgesetzes über die Militärorganisation aufgenommen. Wie ein solches Verfahren aussehen kann, wird gegenwärtig in der Verwaltung im Detail geprüft. Es soll zwar keine Gleichstellung, wohl aber eine Angleichung an die geltenden Verfahren für nichtmilitärische Bauten und Anlagen bringen. Es soll eine angemessene Mitwirkung der Betroffenen sichern und einen Rechtsmittelweg vorsehen. Dabei müsste dann aber die besondere Schutzwürdigkeit gewisser Anlagen – Kampfanlagen, unterirdische Führungsanlagen usw. – berücksichtigt werden.

Ich will mich zum konkreten Projekt Neuchlen-Anschwilen nicht mehr äussern, um die Debatte nicht zu verlängern. Wir haben das hier schon sehr ausführlich getan. Für den Bundesrat ist die Berechtigung dieses Anliegens nach wie vor ausgewiesen, weil es um den Ersatz einer Kaserne und nicht um einen neuen Waffenplatz geht.

Ich fasse deshalb die Haltung des Bundesrates zur Initiative so zusammen:

1. Weil wir die Armee nach wie vor brauchen, müssen wir ihr die nötigen Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Diese müssen wie überall im Bildungswesen den Bedürfnissen angepasst werden können. Dieses Anliegen würde die Initiative ungebührlich erschweren und teilweise verunmöglichen. Mit einer willkürlichen Zementierung ist letztlich niemandem gedient.
 2. Wir können es uns für die Ausbildung in der Armee nicht leisten, dass die Zahl der Schiess- und Übungsplätze über die Jahre kontinuierlich zurückgeht.
 3. Die Gleichstellung ziviler und militärischer Bauten scheint uns staatspolitisch bedenklich und hätte für das militärische Bauwesen fatale Folgen. Die Landesverteidigung ist eine primäre Aufgabe des Bundes, und der Bund muss deshalb die Ausbildung zweckmässig ausgestalten können.
- Deshalb bitte ich Sie, die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.

Zum Gegenvorschlag: Der Bundesrat hat in seiner Botschaft

einen Gegenvorschlag abgelehnt – wir hatten das vorher im Departement geprüft –, und zwar mit folgender Begründung: Gegenvorschläge sind dann gerechtfertigt, wenn das aufgeworfene Problem wirklich ein echtes Problem ist, das mit einer Initiative nur unzulänglich gelöst werden könnte, wenn also echter politischer Handlungsbedarf besteht und es dazu auch eine Aenderung des Initiativtextes braucht. Das ist hier aus der Sicht des Bundesrates nicht der Fall. Es besteht nicht die Absicht, weitere Waffenplätze zu errichten. Man muss das also nicht verfassungsmässig blockieren. Wir kommen nach der vorgesehenen Aufhebung der Anlage in Worblaufen mit 39 Waffenplätzen aus. Der Schutz der Umwelt ist uns ein Anliegen. Wir unternehmen schon Anstrengungen; das habe ich gesagt. Ausserdem glauben wir auch, dass Details wie die Anzahl Waffenplätze nicht in die Verfassung gehören. Aber ich gebe Herrn Rhinow recht: Es ist einiges in dieser Verfassung, das vielleicht nicht gerade Verfassungsrang hat.

Wir möchten aber – um dem Volk und Ihnen eine gewisse Sicherheit zu geben, falls in Zukunft vielleicht ein Nachfolger von mir wieder von einem unstillbaren waffenplatzmässigen Expansionsdrang befallen würde – die Waffenplätze anzahlmässig im Bundesgesetz über die Militärorganisation, das gegenwärtig in Totalrevision ist und wahrscheinlich nächstes Jahr vor die Räte kommen wird, limitieren. Wir prüfen in diesem Zusammenhang die Einführung eines formellen bundesrechtlichen Verfahrens mit Einsprachemöglichkeiten, so dass auch diese Forderung der Initianten nicht auf Verfassungsstufe realisiert werden muss.

Ein Gegenvorschlag wäre dann begründbar, wenn man befürchtete, die schlechte Lösung könnte angenommen werden, und deshalb glaubte, man müsse dem Stimmbürger eine politische, taktische Alternative bieten. Die Erfahrungen mit Rotherthurm gehen natürlich in diese Richtung: Erst jetzt, bei der Konkretisierung der Verfassungsbestimmung, werden viele betroffene Bürger und Behörden plötzlich gewahr – sogar solche, die damit sympathisiert haben –, was für schlechte Folgen ein zu starres Verfassungskorsett haben kann. Wenn ich die Zeitungen – parlamentarische Vorstösse in Kantonen usw. – lese, habe ich den Eindruck, dass der Katzenjammer ganz beträchtlich ist.

Der Gegenvorschlag von Herrn Rhinow enthält eine Begrenzung der Anzahl Waffenplätze und die Bezeichnung des anwendbaren Rechts. Diese Begrenzung entspricht dem politischen Willen des Bundesrates, da gibt es keinen Zweifel, das kommt auch im Armeeelektbild zum Ausdruck. Die Anpassung der Waffenplätze an veränderte Verhältnisse bliebe nach dem Vorschlag von Herrn Rhinow möglich, wenn er nicht so ausgelegt wird, wie Herr Schoch das angetönt hat; das hat bei mir Bedenken ausgelöst. Der Gegenvorschlag ermöglicht auch den Ersatz aufgegebenen Plätze, das ist völlig klar. Die nötige Flexibilität wäre gewährleistet. Die Bindung an die eidgenössische Gesetzgebung ist heute gegeben; sie wird ausdrücklich erwähnt. Auch das wäre akzeptabel. Im Vergleich zur Initiative entfallen also die grossen Probleme mit kantonalen Bewilligungsverfahren und mit der Geheimhaltung. Auch Neuchlens-Anschwilen könnte realisiert werden, wie das gesagt worden ist.

In einem Punkt ist die Formulierung von Herrn Rhinow unvollständig, indem er dem Raumplanungs- und Umweltrecht nur den Bau und den Betrieb von Waffenplätzen ausdrücklich unterstellt. Damit sollen jedoch die übrigen Anlagen und Tätigkeiten der Armee wahrscheinlich nicht ausgenommen sein; diese unterstehen ja bereits heute diesen Regelungen – mit gewissen Ausnahmen im formellen Verfahren. Der Gegenvorschlag von Herrn Rhinow müsste nicht verändert werden, aber diese Ueberlegungen müssten in die Auslegung aufgenommen werden.

Wenn diese Interpretation zutrifft, dann entspricht die politische Substanz dieses Gegenvorschlags durchaus der Politik des Bundesrates. Er könnte mit diesem Gegenvorschlag leben.

Noch zum Votum von Herrn Jagmetti: Militärische Anlagen auf Waffenplätzen sind der Planungspflicht unterworfen. Projekte werden heute schon in die kantonale Richtplanung eingegeben, aber bei Interessenkollisionen entscheidet dann der Bun-

desrat. Auch hier bringt der Gegenvorschlag unseres Erachtens nichts Neues.

Ob Sie nun einen Gegenvorschlag befürworten oder nicht, ist aus meiner Sicht letztlich eine politische Frage, die man in guten Treuen unterschiedlich beurteilen kann. Der Bundesrat hält ihn nicht für nötig. Ich selber ziehe im Prinzip auch klare Abstimmungssituationen vor. Sie haben aus meinen Ausführungen und aus meinen Hinweisen entnommen, dass es mir bei dem, was wir mit dem neuen Armeegrundgesetz vorhaben, keineswegs um ein Alles oder Nichts geht. Es geht mir vielmehr darum, den Stimmbürger nicht mit allzu komplexen Fragestellungen – zusammen mit fünf, sechs anderen Abstimmungen, wie das in letzter Zeit leider nötig geworden ist – zu überfordern. Der Antrag von Herrn Rhinow ist indessen eine akzeptable Variante, wenn man schon einen Gegenvorschlag will.

Obschon ich nach wie vor der Meinung bin, es bräuchte keinen Gegenvorschlag, empfände ich es nicht als unerträgliche politische Niederlage, wenn Sie hier anders entscheiden würden.

Im Auftrag des Bundesrates empfehle ich Ihnen trotzdem, auf den Gegenvorschlag zu verzichten.

Präsidentin: Wir kommen zur Bereinigung der Vorlage. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Wir stimmen zuerst en bloc über die Anträge von Herrn Rhinow zu den Artikeln 1a und 2 ab. Wird der Gegenvorschlag Rhinow angenommen, geht das Geschäft sofort an den Nationalrat zurück.

Wird der Gegenvorschlag Rhinow abgelehnt, bereinigen wir anschliessend Artikel 2.

Art. 1a, 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Rhinow	15 Stimmen
Dagegen	20 Stimmen

Art. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	33 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	3 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	33 Stimmen
Dagegen	3 Stimmen

An den Nationalrat – Au Conseil national

90.075

Markenschutzgesetz

Protection des marques. Loi

Siehe Seite 385 hiavor – Voir page 385 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 19. Juni 1992
Décision du Conseil national du 19 juin 1992

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Entwurfes	35 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------	--------------------------------

An den Nationalrat – Au Conseil national

40 Waffenplätze sind genug. Volksinitiative

40 places d'armes, ça suffit! Initiative populaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Augustsession
Session	Session d'août
Sessione	Sessione di agosto
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.051
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.08.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	740-749
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 565

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.